

Nr. 9/65 33 602 3. Juni 15 Pf

NACH DEM 9. PLENUM DES ZK DER SED:

# Wirtschaftsverträge mit den VVB durch alle Institute nutzen!

Erfahrungen, Probleme und Schlußfolgerungen der Arbeit mit den VVB-Verträgen

## I. Die Rolle der Parteiorganisation der TU bei der Konzentration Arbeit

Mit den Beschlüssen der 5. und der 7. Tagung orientierte das ZK unserer Partei auf eine stärkere wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Institute mit der Industrie. Die höhere Form der Wirtschaftsleitung im Zeitalter der technischen Revolution erforderte größere Zielstrebigkeit und Konzentration in der Forschung, in der Realisierung des Planes Neue Technik und in der Ausbildung sozialistischer Kader entsprechend den volkswirtschaftlichen Aufgaben unserer Republik.

Die UPL hatte sich daher das Ziel gestellt, die Arbeit in den Parteiorganisationen auf die Lösung folgender Aufgaben zu konzentrieren:

### Erste Etappe:

Festlegung der Arbeitsrichtung für jedes Institut.

### Zweite Etappe:

Verengung der Zahl der Forschungsthemen, um zu einer stärkeren Konzentration in der Forschung und praxisnahen Ausbildung entsprechend den volkswirtschaftlichen Schwerpunkten zu kommen. Beginn der Umgestaltung des Studiums.

### Dritte Etappe:

Engere Zusammenarbeit der Institute mit der Industrie, besonders den SchwerpunktvVB, mit dem Ziel, Rahmenverträge zwischen Leitinstytuten der

TU und den entsprechenden Industriezweigen abzuschließen.

Im Ergebnis der ersten Etappe wurde mit Hilfe der Gewerkschaft in den Instituten, besonders den technischen und ökonomischen Fakultäten, die Arbeitsrichtung schriftlich fixiert. Grundlagen hierfür waren die volkswirtschaftliche Zielstellung und die in dem jeweiligen Institut vorhandenen Bedingungen. Die fixierte Arbeitsrichtung wurde erstmalig im Praktikum 1963 Grundlage für die Auswahl der Themen mit der Industrie.

Die Arbeit von UPL-Kommissionen bzw. Arbeitsgruppen bestand darin, durch Schaffung von Beispielen in den Praktika, vor allem auch im Komplexpraktikum, den Instituten zu zeigen, daß durch eine Konzentration auf bestimmte, in der Anzahl begrenzte Arbeitsthemen ein besseres Ergebnis erreicht werden kann.

So entwickelten sich zwangsläufig Verbindungen zu bestimmten Industriezweigen. **Beispielweise lebte das Institut für Landmaschinenbau an vertraglich gebundenen Aufträgen des Industriezweiges Landmaschinen, speziell des Kombines Fortschrittwerk Neustadt.**

Diese Form der Industrieverbindung erforderte die Umgestaltung der Zentralstelle für Industrieverbindungen entsprechend den Vorschlägen der Arbeitsgruppe Praxisverbindung im März 1963. In gemeinsamer Arbeit mit dem Leiter dieser Zentralstelle, Herrn Prof. Vogel, wurden hierfür die Voraussetzungen geschaffen.

Aus den Arbeitsrichtlinien der Institute entwickelten sich 1964 die ersten Arbeitsprogramme.

Die 2. Etappe, die mit der Vorbereitung und Ausarbeitung des Forschungs-

planes 1964 begann, führte dazu, daß die Institute eine gründlichere Abstimmung ihrer Forschungsaufgaben mit der Industrie vornahmten. Damit wurde ein schrittweiser Abbau für Forschungsthemen eingeleitet, die volkswirtschaftlich weniger wichtig waren bzw. keine Anwendung in der Industrie finden.

In dieser Etappe ging es besonders um die Aufnahme der volkswirtschaftlich wichtigsten Aufgaben in die Arbeitsprogramme und Forschungspläne der Institute.

Im Ergebnis dieser Etappe, die auch auf einen höheren Anteil der Vertragsforschung innerhalb der Gesamtforschung orientierte, entsprechen heute über 80 Prozent der gezielten Grund-

(Fortsetzung auf Seite 2)

## EHRUNG

für Prof. Dr. Dr. Schwabe

In Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste um die sozialistische Erziehung der akademischen Jugend zeichnete der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend den Jubilar mit der **Arthur-Böcker-Medaille in Gold** aus.

„Durch hohe Anforderungen an die Studenten und jungen Wissenschaftler bestimmen Sie mit die hohen Maßstäbe bei der Ausgewählung des Wissens und der wissenschaftlich produktiven Tätigkeit“ heißt es in der vom Ersten Sekretär des Zentralrates der FDJ, Horst Schumann, unterzeichneten Glückwunschadresse.

## Magnifizenz Schwabe 60 Jahre



Am 29. Mai 1965 konnte der rector magnificus unserer Universität, Prof. Dr.-Ing. habil. Dr. rer. nat. h. c. Kurt Schwabe, auf die Vollendung seines 60. Lebensjahres zurückblicken. Zahlreich war die Schar der Gratulanten, und auch wir möchten dem Jubilar sehr herzlich gratulieren und eine weiterhin erfolgreiche Arbeit im Dienste der Wissenschaft und unserer Universität sowie Gesundheit und persönliches Wohlergehen wünschen.

Prof. Dr. Dr. Schwabe kann auf ein von bedeutenden Erfolgen bestimmtes Wirken zurückblicken. Als Wissenschaftler ist er weit über die Grenzen der DDR hinaus bekannt und genießt als Fachmann großen internationalen Ruf und hohes Ansehen. In seiner Person vereinigen sich in seltener Weise höchstes technisches Können mit großem Organisationsvermögen und einem ausgeprägten Pflichtgefühl sowie Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gesellschaft und dem Kollektiv.

Sein Name ist verbunden mit der Umwandlung der Technischen Hochschule zur Technischen Universität, deren erster Rektor er wurde und deren Geschicke er seitdem leitet. Die in der akademischen Ausbildung vor sich gehenden Änderungen und die Anforderungen, die das einheitliche sozialistische Bildungssystem stellt, wurden von ihm weitblickend erkannt und in den Mittelpunkt der Tätigkeit als Rektor gestellt. Ein besonderes Anliegen ist es ihm, für ein breit fundiertes Allgemeinwissen der Studenten Sorge zu tragen; seiner Initiative ist die Einrichtung der fakultativen Abendvorlesungen für Hörer aller Fakultäten zuzuschreiben.

Wer eng mit Prof. Dr. Dr. Schwabe zusammenarbeitet, kann ermesen, welche Arbeitslast von ihm getragen und bewältigt wird. Seine Entscheidungen, wohlüberlegt, von Sachkenntnis getragen, auf einem großen Schatz an Erfahrungen fußend, sind von höchstem Verantwortungsbewußtsein getragen. Außergewöhnliches Einfühlungsvermögen in die verschiedenartigsten Probleme, hervorragendes fachliches Können und nicht zuletzt menschliches Verständnis bestimmen seine Leistungstätigkeit. Bei der Durchsetzung der Maßnahmen geht er persönlich voran. Wir kennen seine Person nicht anders, als von der Grundhaltung hohen Pflichtgefühls geprägt.

Durch sein hervorragendes Wirken als Rektor der Technischen Universität Dresden, als Ausbilder und Erzieher von Studenten und durch seinen internationalen Ruf als Forscher in Verbindung mit seiner beispielhaften Arbeitsauffassung, die für alle Angehörigen der Technischen Universität hohes Vorbild ist, hat sich Prof. Dr. Dr. Schwabe besonders Verdienste um den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erworben. Dafür danken wir ihm am Tage der Vollendung seines 60. Lebensjahres.

## Das neue Familien-gesetz der Republik

Es ist bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik bereits zu einer guten Tradition geworden, daß ein bedeutendes Gesetz in breiten Kreisen der Bevölkerung diskutiert wird. Diese Art der Vorbereitung von Gesetzen ist ein wichtiger Bestandteil sozialistischer Demokratie. Selten wurde über ein Gesetzentwurf so zum Gegenstand des Interesses aller, wie das beim Entwurf zum neuen Familien-gesetz der Fall ist. Das ist ganz natürlich. Die Gestaltung der Beziehungen in der Familie als kleinster Zelle der Gesellschaft ist in vielerlei Hinsicht auf das engste mit der Entwicklung aller anderen gesellschaftlichen Beziehungen verbunden.

So ist es im Grunde bereits eine Binsenwahrheit, daß die von der sozialistischen Gesellschaft so dringend erhobene Forderung nach gleichberechtigter Entwicklung der Frauen im beruflichen Leben ohne die entsprechenden Umwälzungen auf dem Gebiet der familiären Beziehungen nicht zu erfüllen ist.

Gerade in dieser Hinsicht gibt es aber noch sehr viele Fragen. So kann man immer wieder der Meinung begegnen, daß die hohe Zahl von berufstätigen Frauen eine vorübergehende Erscheinung sei, hervorgehen durch den Arbeitskräftemangel in der DDR. Dabei geht man davon aus, daß es mit Hilfe der technischen Revolution in Zukunft möglich sein wird, in erheblichem Umfang Arbeitskräfte einzusparen und den gesellschaftlichen Reichtum trotzdem so zu steigern, daß in etwa 20 Jahren die verheirateten Frauen wieder aus dem Berufsleben ausscheiden könnten.

Worum geht es aber tatsächlich? Zunächst ist es natürlich richtig, daß die technische Revolution dazu beiträgt, mit weniger Arbeitsaufwand unser aller Bedürfnisse besser zu befriedigen. Das kann aber nicht die Voraussetzung für ein Zurückdrängen der Frau in den engeren Bereich der Hauswirtschaft sein. Die hohe Zahl der berufstätigen Frauen bei uns ist nicht in erster Linie eine Frage der Arbeitskräftefrage, sondern Bestandteil der vollständigen Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. Die Möglichkeit der vollen Entfaltung aller Fähigkeiten und Talente der Entwicklung der Persönlichkeit ist bei jedem Menschen, also auch bei der Frau, in erster Linie von der Entwicklung im Beruf abhängig. Ein Herausdrängen der Frauen aus der Produktion wäre also gleichbedeutend mit einer Handlung gegen die Interessen der Frauen und damit natürlich auch der ganzen Gesellschaft. Wenn allerdings auch an der TU hier und da noch Auffassungen von sogenannten „Doppelverdienern“ spüren, so zeigt das, daß solche Kollegen noch nicht in vollem Umfang begriffen haben, welche Rolle der Beruf im Leben der Frau spielt, und daß er genauso zu ihrem Leben gehört wie beim Manne.

Dabei zeigt sich allerdings, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen die Lösung aller mit der vollen Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau verbundenen Widersprüche nicht leicht ist. Die Anforderungen an alle Menschen nicht zuletzt in Bezug auf das Zusammenleben in der Familie, d. h. also vor allem die moralischen Anforderungen, sind außerordentlich gewachsen. Gerade dieses hohe moralische Niveau, das aber nicht nur als Forderung vor uns steht, sondern in einer Vielzahl von Fällen schon längst praktiziert wird, spiegelt der Gesetzentwurf wider. Im § 2 heißt es: „Die Gleichberechtigung von Mann und Frau bestimmt entscheidend den Charakter der Familie in der sozialistischen Gesellschaft. Sie verpflichtet die Ehegatten, ihre Beziehungen zueinander zu gestalten, daß beide das Recht auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten zum eigenen und gesellschaftlichen Nutzen voll wahrnehmen können. Sie enthält zugleich die Pflicht, die Persönlichkeit des anderen zu respektieren und ihn bei der Entwicklung seiner Fähigkeiten zu unterstützen. Der sozialistische Staat sichert die gesellschaftlichen, ökonomischen und rechtlichen Voraussetzungen der Gleichberechtigung.“

Das verpflichtet also, sozialistische Beziehungen in der Ehe zu entwickeln, was bis in die letzte Konsequenz nicht immer leicht ist. Besonders kompliziert wird es häufig, wenn es darauf ankommt, für beide Partner das Recht auf Entfaltung aller Fähigkeiten wahrzunehmen. Immer wieder taucht die Frage auf, ob es möglich ist, daß sich beide Ehepartner qualifizieren. Wenn diese Frage verneint wird, wird häufig stillschweigend davon ausgegangen, daß dann eben die Frau verzichten müsse. Sicher kann

Das verpflichtet also, sozialistische Beziehungen in der Ehe zu entwickeln, was bis in die letzte Konsequenz nicht immer leicht ist.

Besonders kompliziert wird es häufig, wenn es darauf ankommt, für beide Partner das Recht auf Entfaltung aller Fähigkeiten wahrzunehmen. Immer wieder taucht die Frage auf, ob es möglich ist, daß sich beide Ehepartner qualifizieren. Wenn diese Frage verneint wird, wird häufig stillschweigend davon ausgegangen, daß dann eben die Frau verzichten müsse. Sicher kann

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Sozialistische Gemeinschaftsarbeit entwickeln!

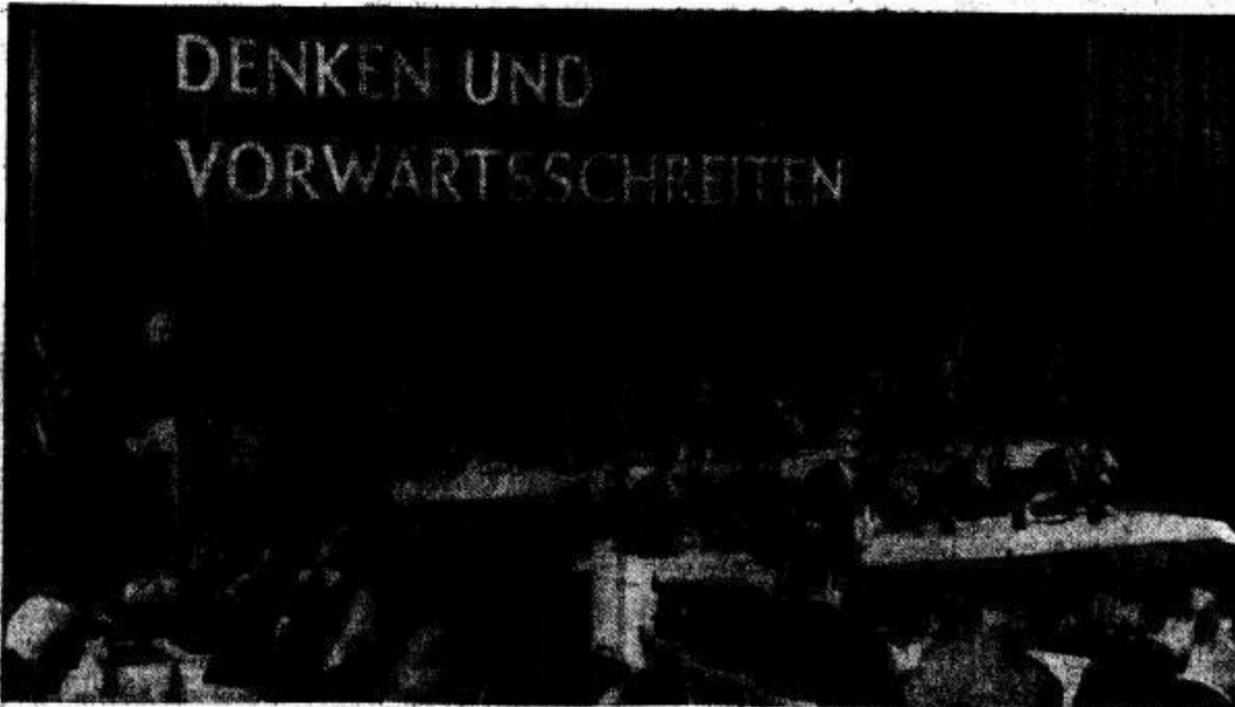
Am 15. Mai 1965 führte die Gewerkschaftsorganisation der Technischen Universität Dresden im Otto-Buchwitz-Saal ihre Delegiertenkonferenz durch.

134 Delegierte vertraten die Mitglieder der Gewerkschaft Wissenschaft, und 38 Gäste nahmen teil. Im Arbeits- und Ehrenpräsidium hatten u. a. das Mitglied des Staatrates, Genosse Professor Dr.-Ing. habil. Lieselott Harforth; der Rektor der Technischen Universität, Magnifizenz Professor Dr.-Ing. habil. Dr. rer. nat. h. c. Kurt Schwabe; sowie der Vorsitzende der Bereichskommission Technische Hochschulen beim Zentralrat der Gewerkschaft Wissenschaft, Professor Dr. phil. habil. Ludwig Bewilgum; und der Sekretär der Universitätsparteileitung, Genosse Dr. Nitzko, Platz genommen.

Die Delegiertenkonferenz fand in einer denkwürdigen Zeit statt; überschreiten wir doch die Schwelle zum dritten Nachkriegsjahrzehnt. Überall wird Rechenschaft darüber abgelegt, wie vor allem das deutsche Volk die verlassene Zeit genutzt hat, welche Garantien geschaffen wurden, damit in Deutschland der Friede, der Humanismus und der Fortschritt gedeihen.

Unter diesem Leitgedanken standen auch die Ausführungen im Rechenschaftsbericht der Universitätsgewerkschaftsleitung, der von ihrem Vorsitzenden, Professor Dr.-Ing. Herbert Eisner, vorgelesen wurde, und die meisten der wenig auf der Konferenz gehaltenen Diskussionsbeiträge. Es wurde Rechenschaft darüber gegeben, wie die Gewerkschaftsgruppen und Leitungen verstanden, alle Werkzeuge zu überzeugen und den Weg zu ihrem Verstand und ihrem Herzen zu finden.

## Delegiertenkonferenz im Zeichen des 20. Gründungstages des FDGB



Diskussionsbeiträge und Entschlüsse auf den Seiten 4 bis 6